

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belagerungslohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — **Telephon** für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19693. — Verlag in Leipzig,
 Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Plan für die Räumung Oberschlesiens.

Dresden, 28. Juni. (L.-U.) Erst am 26. Juni wurde der Abschluß des Säuberungsabkommens erzielt und die Unterschriften geleistet. Am Montag sind die ersten Abbaubefehle an die Selbstschutzformationen gelangt. Das Abkommen sieht folgende Räumungsstufen vor: Am 28. Juni geben die Polen Gleiwitz und Hindenburg frei. Am 29. Juni räumt der Selbstschutz die von ihm besetzten Gebiete außer der Nordwest- und Südwestseite. Am 1. Juli ist Ruhetag. An den beiden folgenden Tagen räumen die Polen das Industriegebiet bis Beuthen einschließlich. Am 4. Juli ist wieder Ruhetag und am 5. Juli erfolgt beiderseitig der vollständige Rückzug bis über die Grenzen des Abstimmungsgebietes.

Die Allierten und das oberschlesische Problem.

Ueber die Stellung der Allierten zur oberschlesischen Frage werden täglich neue, voneinander stark abweichende und sich oft widersprechende Meldungen verbreitet. Heute seien die beiden folgenden über die angeblich veränderte Haltung Englands und Frankreichs wiedergegeben:

Haag, 28. Juni. (L.-U.) Nach Meldungen aus Paris mehren sich die Anzeichen dafür, daß England geneigt ist, in der oberschlesischen Frage nachzugeben und den Standpunkt zu verlassen, den Lloyd George in seiner Rede eingenommen hat. Es ist nur noch sehr wenig Zweifel daran möglich, daß die Storz-Dinle, die das Industrie-Dreieck durchschneidet, nun auch in England als die Basis der Einigung angesehen wird. Die Verhandlungen scheinen schon soweit gefördert zu sein, daß man nur noch mit einem Versuch zu rechnen hat, daß die Premieriers sich am 10. Juli treffen werden. Die letzte Entscheidung durch Lloyd George ist vermutlich noch nicht gefallen.

Basel, 28. Juni. (L.-U.) Die Baseler Nachrichten wollen aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Frankreich seinen Standpunkt in der oberschlesischen Frage endgültig geändert habe. England bestrebe darauf, daß nur Pleß und Rybnitz an Polen fallen und daß das ganze übrige Industriegebiet bei Deutschland zu verbleiben sei. Frankreich habe nachgegeben und Storz's Vorschlag sei dadurch erledigt.

Verfassungskonflikt in Bayern.

München, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im bayrischen Landtag kam es gestern in der Sitzung des Verfassungsausschusses zu einem Verfassungskonflikt. Der Ausschuh hatte eine von der Regierung vorgelegte Verordnung über Schulpflege, Schulaufsicht und Schulleitung zu beraten. In dieser Regierungsverordnung wird der Versuch gemacht, den größten Teil der auf schulpflichtigem Gebiet seit dem November 1918 erzwungenen Fortschritte wieder rückgängig zu machen und die Regierung die mit Recht vermuten konnte, daß diese Verordnung im Landtag auf scharfen Widerstand stoße, hat sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß diese Verordnung vom Landtag nicht beschlußfähig, mit bindender Kraft erledigt werden könne, sondern der Landtag ohne dazu nur seine Meinung äußern und an die Regierung weiterleiten, die sich dann ihrerseits vorbehalten müsse, die Wünsche des Landtages nach Gutdünken zu berücksichtigen. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei, traten dieser Auffassung der Regierung entgegen und forderten gemäß § 46 der bayrischen Verfassung, daß der Landtag diese Verordnung zu beraten habe und daß die Beschlüsse des Landtages für die Regierung von bindender Kraft seien. In der Abstimmung über den diesbezüglich gestellten Antrag stimmten die Koalitionsparteien mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei, und die sozialistischen Parteien gegen die Auffassung der bayrischen Regierung, die bayerische Volkspartei enthielt sich der Abstimmung. Die Frage wird nun noch im Plenum des Landtages zu behandeln sein und dort dürfte sich aller Voraussicht nach dasselbe Abstimmungsergebnis ergeben. Damit ist der Verfassungskonflikt in Bayern gegeben, weil es sich hier um die juristische Auslegung des Artikels 46 der bayrischen Verfassung handelt, und die Regierung für ihre Auffassung keine Mehrheit im Landtag findet.

Die Ausschuhberatungen haben gezeigt, daß die Versuche, die schwarze Kulturreaktion wieder zum vollen Siege zu führen, selbst in Bayern auf scharfen Widerstand stoßen.

Rücktritt des Ministeriums Giolitti.

Rom, 28. Juni. (L.-U.) Die erste Abstimmung der italienischen Kammer, die nur eine geringfügige Mehrheit für das Kabinett Giolitti ergeben hat, ließ bereits die bevorstehende Demission des Kabinetts ahnen. Die Regierung hatte bei der letzten Debatte gleichzeitig die Nationalisten, die Faschisten und die Sozialisten gegen sich. Sie konnte nur noch auf die Unterstützung der Demokraten rechnen, und auch diese bekämpften die auswärtige Politik des Kabinetts Giolitti. Dieser berief Montagvormittag eine gemeinsame Ministerratssitzung ein und begab sich dann zum König, um die Demission des gesamten Kabinetts zu übergeben. — Giolitti hatte die Regierung am 6. Juni 1920 als Nachfolger Nittis übernommen.

Ueber die vorhergegangene Abstimmung wird gemeldet:

Rom, 27. Juni. In der Kammer brachten nach Abschluß der Debatte über die Antwort auf die Thronrede Turati und Genossen folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik, in der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über. Giolitti lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil bis einschließlich der Worte „in der Außenpolitik“ wurde mit 234 gegen 200 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen abgelehnt, der zweite Teil wurde mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt.

Es ist belanglos, daß Giolitti über die Politik seines Außenministers Storza gestopert ist; in Wirklichkeit ist sein Fall ein Symptom der Krise des Kapitalismus in Italien, die dieses Land in einen schweren chronischen Bürgerkrieg gestürzt hat. Wenn einer, war Giolitti, der Auserkorene des Bürgerturns, dazu imstande, durch kluges Handeln die Faschisten, die Leibgarde der Bourgeoisie, die ihnen immer mehr über den Kopf zu wachsen drohte, zu umschmeicheln und im Zaume zu halten. Daß es auch ihm nicht gelungen ist, daß er dem vereinigten Ansturm von rechts und links unterlegen ist, ist ein Anzeichen dafür, daß die Bourgeoisie die Gelster, die sie rief, nicht mehr los wird, daß die Wodwaffen und Brandfackeln der Faschisten das bürgerlich-parlamentarische Regime über den Haufen zu werfen drohen. Ueber diesen inneren Zusammenbruch des Parlamentarismus wird auch eine mühsam gefundene Lösung der Kabinettsfrage nicht hinweghelfen können.

Ueber die Aussichten bzw. die Aussichtslosigkeit einer solchen Lösung berichtet unser Berliner Korrespondent:

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der ungünstigen Abstimmung, die dem Kabinett Giolitti nur 34 Stimmen Mehrheit für die Außenpolitik brachte, ist sehr schnell der Rücktritt des Kabinetts erfolgt. In Kammerkreisen vermutet man selbstverständlich die verschiedensten Kabinette. Selbst über den Nachfolger, den Giolitti dem König vorgeschlagen hat, kursieren verschiedene Gerüchte. Der Korrespondent des Berliner Tageblattes behauptet, auch Orlando sei als Nachfolger für Giolitti vorgeschlagen, doch sei es ungewiß, ob er annehmen werde. Dagegen bezeichnet der Korrespondent der Vossischen Zeitung Bonomi als denjenigen, den Giolitti als geeigneten Kandidaten für die Kabinettsbildung vorgeschlagen habe. Sonst wird eigentlich nur Domenico als aussichtsreicher Kandidat genannt. Sein Kabinett würde aber wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein, da es keine ausgesprochene politische Färbung hätte.

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes erwähnt die Aussichten eines Kabinetts Nitti. Er erklärt es angesichts der allmächtigen Faschisten voreerst für undenkbar. Am Nittis Rückkehr zu ermöglichen, müßten erst die Faschisten von den Sozialisten niedergelämpft sein. Der Korrespondent bezweifelt aber, daß dieser Faschismus, der annähernd 200 000 Anhänger besitzt, so stark sei, daß die Behörden gegen ihn nichts ausrichten könnten. Ein Kabinett Nitti würde aber von den Faschisten niemals geduldet und mit allen Mitteln ohne Ausnahme bekämpft werden. Die Rückkehr Giolittis scheint demnach noch immer nicht ganz ausgeschlossen zu sein.

Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

London, 27. Juni. (Reuter.) Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter verlagte sich um 8.30 Uhr. Die Delegierten werden um 10 Uhr zu Besprechungen über die Regierungssubvention mit Lloyd George zusammentreffen. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß hinsichtlich des Uebereinkommens mit der Regierung über eine Subvention in Uebereinkommen erzielt wurde, demzufolge die Arbeit am 1. Juli wieder aufgenommen werden solle.

Zwei später eingelaufene Meldungen lauten:

London, 27. Juni. (Reuter.) Die heute abend abgehaltene Konferenz zeigte, daß die Bergwerksbesitzer und die Bergarbeiter sich über die Löhne während der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, sowie über das Verhältnis zwischen Gewinn und Löhnen, wenn ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung erfolgt, geeinigt haben. Das Abkommen soll bis zum Dezember 1922 gelten. Wenn die Regierung eine Beisteuer gewährt, werden die Führer den Bergarbeitern die Annahme des Abkommens empfehlen. Die Lage ist noch ungewiß, da die Führer die Wiederaufnahme der Arbeit nicht anordnen können, bevor sie sich nicht mit den Bergarbeitern besprochen haben.

London, 27. Juni. (Reuter.) Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter mit Lloyd George, die um 10 Uhr abends zusammgetreten war, verlagte sich um Mitternacht, da keine Vereinbarung über die Beisteuer der Regierung zu den Bergarbeiterlöhnen erzielt wurde. Lloyd George erklärte, er müsse sich mit dem Kabinett beraten.

Uberschlaue Taktiker.

F. H. Auf dem ersten Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten im Mai 1921 in Weimar vertraten etwa 5 oder 6 Kommunisten die Moskauer Gewerkschaftsauffassung. Das war eine sehr geringe Zahl unter den 126 Delegierten und für die kommunistische Agitation charakteristisch. Die Kommunisten hatten es doch gerade nötig, sich recht sehr um eine Vertretung auf dem Verbandstag zu bemühen. Denn der Vorstand und Beirat des Zentralverbandes der Angestellten hatten einen Beschluß gefaßt, daß Mitglieder, die sich zu den Grundzügen der 3. Internationale bekennen, keinerlei, auch nicht die geringsten Funktionen ausüben dürfen. Diesem Beschluß ist zuerst auch der Verbandstag beigetreten. Es ist aber später gelungen, diesen Beschluß anzufechten und einen andern dafür durchzusetzen, der einstimmig angenommen und in welchem die selbstverständliche Forderung aufgestellt wurde, daß sich die Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärposten innehaben, an die Beschlüsse und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des KAbundes halten müssen, ebenso den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anzuerkennen haben. Jedoch fordert der Beschluß von diesen Funktionären weiter, daß sie die Moskauer Internationale bekämpfen müssen.

Merkwürdigerweise haben diesem Beschluß auch die kommunistischen Delegierten des Verbandstages zugestimmt. Diese Tatsache hat die Mißbilligung des „Kommunistischen Gewerkschafters“ gefunden, der in seiner Nummer 23 vom 18. Juni sich lebhaft mit den Delegierten der KAPD auseinandersetzt. Da nun aber einmal die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten in Zukunft die Dritte Internationale bekämpfen müssen, so rät ihnen der kommunistische Gewerkschafter, wenigstens so zu tun, als wenn sie es täten. Wenn, sagt er, die Zentralverbandsbureaucratie einen Revers in dem geschilberten Sinne von den kommunistischen Funktionären verlangen sollte, daß sie auf dem Boden des Beschlusses stehen, sollen sie diese Unterschrift um keinen Preis verweigern, und es heißt wirklich weiter:

Warum auch nicht? Während des Krieges hat mancher Genosse unter dem Zwange der Machtverhältnisse dem König den Fahneabend geleistet, was ihn nicht abhielt, am andern Tag revolutionäre Flugblätter zu verteilen. Ebenso haben sich die Sozialdemokraten durch das Erfurter Programm, das bekanntlich die Republik fordert, nicht von der Bekämpfung des monarchistischen Treueides abhalten lassen. Wir wären Eitel, wenn wir um einer Formfrage willen einen Posten preisgeben würden, auf dem wir mit Erfolg für die proletarische Revolution wirken können.

Ja, sie sind wirklich Eitel, dafür habe ich sie immer eingeschätzt. Welch eine unglaubliche Torheit ist es, den Fahneabend und monarchistischen Treueid mit der Unterschrift unter dem geforderten Revers in irgendeinen Vergleich zu setzen. Schließlich ist doch die Zugehörigkeit zu einer freiwilligen Organisation etwas anders zu bewerten, wie eine Staatsangehörigkeit. Als Staatsangehöriger mußte man sich damals auch den widerlichsten Gesetzen unterwerfen, um sein Selbst zu erhalten. Ein Gesinnungslump sondergleichen aber ist der, der in einer freiwilligen Organisation ein unterschriftliches Bekenntnis gibt, das er von vornherein nicht gewillt ist zu halten. * Wie kann der kommunistische Gewerkschafter nur glauben, daß nach diesem ein Mensch von einem Kommunisten die Unterschrift unter dem Revers erup nehmen wird. Wenn er so überschlaue ist und glaubt, damit dem Vorstande des Zentralverbandes der Angestellten ein Schulppchen schlagen zu können, so hat er ihn doch ein wenig zu niedrig eingeschätzt. Was würde mit einem solchen Revers wirklich erreicht werden? Das derjenige, der ihn unterschreibt, von jeder Propaganda für die Dritte Internationale zurückzusehen muß. Es sei denn, daß er sich so illegal betätigt, daß die übrigen Verbandskollegen nichts davon merken.

Der kommunistische Gewerkschafter sowohl als auch die rote Fahne hiedern sich nun an jene USPD-Leute an, die auf dem Weimarer Verbandstag nicht mit der Taktik des Verbandsvorstandes in der Kommunistenfrage einverstanden waren, und nennen diese Minderheit großzügig Opposition.

Es hat einmal eine Opposition in dem Zentralverband der Angestellten gegeben, die vor allem im Bezirk Berlin groß war. Durch die Tätigkeit der Kommunisten, durch ihre „zielklare Taktik“, durch ihre Spaltungstheorie ist es ihnen gelungen, diese Opposition vollkommen tot zu machen. Sie haben jenen Leuten in die Hände gearbeitet, die die freie Regung in den Gewerkschaften von jeher verabscheuten, indem sie — die Kommunisten — den

* Diese sauberen Methoden entsprechen aber durchaus der von Lenin selbst gegebenen Anweisung, nach der die Kommunisten, wenn es nötig erscheint, „List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit“ anzuwenden haben, um in den Gewerkschaften ihre „kommunistische Arbeit“ durchzuführen. — Redaktion der L. B.

Klare Oppositionswillen durch unklare, nebelhaftes Gewäsch zerfließen und durch ihre moskowitzischen Absichten einen Keil in die geschlossene Opposition trieben.

Dieselben Leuten der KAPD, gestatten sich, den in der Leipziger Volkszeitung am 4. Juni erschienenen Artikel „Die Gewerkschaftsinternationale der Tat“ als ein Dokument hinzustellen, das ihrer Gewerkschaftsstatistik recht geben soll.

In jenem Artikel wird einmal gefordert, daß der Geist der Unabhängigen Partei in den Gewerkschaften wieder mehr hervorgekehrt werden muß und dann, daß dieser Geist auf die Gewerkschaftsinternationale übertragen werden soll.

Der kommunistische Gewerkschafter behauptet nun, daß diese Forderung des Artikels genau daselbe bedeutet wie die Forderung, welche die Dritte Internationale in der Gewerkschaftsfrage stellt. Solche Behauptungen kann das kommunistische Blatt nur aufstellen, weil es mit der Dummheit und der Denkschwäche seiner Leser rechnet. In dem Artikel „Die Gewerkschaftsinternationale der Tat“ wird gefordert, daß der Geist der Gewerkschaften und der politischen Partei eins sein muß. Dieses ist eine alte sozialdemokratische Forderung, die schon auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 ihren Austrag durch eine Entschliessung fand, deren letzter Absatz lautet:

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den erfolgreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bilden, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Der kommunistische Gewerkschafter aber weiß vielleicht nicht, oder aber glaubt, daß seine Mitglieder es nicht wissen, daß in den Thesen der Dritten Internationale über die Gewerkschaften sich folgender Absatz befindet:

Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit der Kenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt, zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Proletariats zum Kommunismus.

Man stelle diese beiden Grundsätze gegenüber, und man wird es als eitle Heuchelei empfinden, wenn der kommunistische Gewerkschafter sich auf unsere Forderung für seine kommunistischen Ziele zu berufen wagt. Die Forderung der Sozialdemokratie, die auch für uns noch maßgebend ist, geht dahin, die Gewerkschaft in ihrer Einheit zu erhalten und sie mit unserem Geist zu erfüllen. Aber unser Geist soll sie nicht unterjochen; er soll im Kampf mit den anderen Anschauungen zum Siege kommen und muß sich stark genug erweisen. Falsch und gefährlich würde es für die Gewerkschaftsbewegung sein, wenn man im Augenblick, wo die proletarischen Parteien gespalten sind, alle andersdenkenden Gewerkschafter unter die Diktatur eines Parteiwillens zwingen wollte. Darum haben wir auch ständig den Kommunisten das Recht zuerkannt, ihre Ideen in den Gewerkschaften zu vertreten. Daß sie nicht siegreich dabei bleiben konnten, lag ebenso in der Schwäche der Idee selbst wie an der Unfähigkeit ihrer Vertreter.

Der kommunistische Grundsatz verlangt unserer Forderung gegenüber strikt die Unterjochung der Gewerkschaftsbewegung unter die Partei. Wir glauben es nicht nötig zu haben, noch einmal auseinanderzusetzen, daß wir die Gegenwartsbewegung der Gewerkschaften notwendig haben. Die Verachtung, die die Kommunisten der Gewerkschaftsbewegung entgegenbringen, beweist deutlich, daß sie von deren Wesen keine Ahnung haben.

Die freimütige Kritik, die wir uns an der Amsterdamer Internationale erlauben, macht den kommunistischen Gewerkschafter frohlockend. Er meint, daß die klügeren Elemente der KAPD allmählich einzusehen beginnen, daß die Partei sterben müsse, die sich zum unbedingten Beschützer und Verteidiger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aufwerfe. Er müßte nach diesem eigentlich betrübt sein. Deun daran, daß die Anhänger der Amsterdamer Internationale ihre Organisation freihändig beseitigen und sie freihändig erhalten wollen, müßte er erkennen, daß sie doch recht lebensfähig zu sein scheint. In Wirklichkeit ist die Kritik ja nie ein Zeichen der Schwäche, und wir sind stolz darauf, uns Einrichtungen durch sachliche Kritik bessern und verbessern zu können. Ein Kommunist allerdings darf das nicht. Er muß sich den Bedingungen von Mostau fügen, und es ist wiederum eitle Heuchelei, wenn der kommunistische Gewerkschafter sagt, daß, wer der sogenannten roten Gewerkschaftsinternationale beitreten wolle, die 21 Aufnahmebedingungen nicht anerkennen und sich nicht vorbehaltlos für alle Beschlüsse der kommunistischen Internationale einsetzen brauche.

Wer sich die Mühe nimmt, noch einmal ganz genau den oben angeführten Absatz aus den Thesen der Dritten Internationale durchzulesen, der wird davon überzeugt sein, daß der kommunistische Gewerkschafter einmal wieder gehörig geschwindelt hat, oder daß er die Thesen und Bedingungen der Dritten Internationale selber nicht mehr kennt. Wir sind allerdings sehr leicht geneigt, das letztere anzunehmen.

Der schwachgewordene, kommunistische Opposition gegenüber, die sich jetzt nach dem Muster der Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten vielleicht auch in anderen Verbänden an unsere Genossen anzubiedern sucht, müssen wir ebenso unsere grundsätzliche Stellung betonen wie gegenüber der Auffassung des Rechtssozialisten.

Auf den Emblemen der „sogenannten“ roten Internationale stehen die schönen Worte: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Wie ein Hohn aber klingen sie angewendet auf die bisherige Tätigkeit der roten Gewerkschaftsinternationale. Wo sie in Erscheinung trat, hat sie die internationale Arbeiterbewegung verunreinigt.

Nun kommt die neue List, daß man sich unserer Parteigenossen bedienen will, um mit ihnen gemeinsam eine Opposition herzustellen.

In einem Artikel der Roten Fahne vom 24. Juni d. J., der sich ebenfalls mit den Vorgängen auf der Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten befaßt, heißt es folgendermaßen:

Es kann nicht Aufgabe der Kommunisten sein, sich von anderen Oppositionsleuten abzugrenzen; im Gegenteil, diese

müssen die Kommunisten als Fleisch von ihrem Fleisch ansehen. Unsere Genossen müssen die Vorkämpfer der Einheit und Kampftätigkeit sein. Sie werden so als die Gewerkschafter par excellence erscheinen. Sie müssen der Opposition zeigen, daß sie den Gesamtprozess der Gewerkschaften anbahnen, wenn sie zum Kampf rüstend die Lösung der großen Gewerkschaftsfrage vorbereiten.

Die Kommunisten sollen also je nach Belieben einmal Wölfe in Schafspelzen und einmal Schafe in Wölfspecken sein. Nun, ich glaube, daß unsere Parteigenossen nicht so leicht sein werden, auf eine derartige Verwechslungskomödie einzugehen, und daß sie den kommunistischen Esel in jeder Verkleidung erkennen werden.

Aber auch den kommunistischen Arbeitern wird nach diesen Leistungen doch endlich ein Licht aufgehen müssen über die geistige Verwirrung ihrer Führer und sie werden sich, wenn sie wahre revolutionäre Kämpfer sein wollen, bald zurückfinden zu unserer Partei.

Um die Feldzeichen des Monarchismus.

Berlin, 27. Juni.

Nach der Erledigung verschiedener wenig beachteter Nachträge zum Haushalt entwickelte sich heute im Reichstag plötzlich eine hochpolitische Auseinandersetzung, die sich mehrere Stunden hinzog. Den Anlaß dazu gab ein Antrag, der die Wiedereinführung der schwarzweißen Fahne als Handelsflagge zum Ziel hat. Dieser Vorstoß gegen ein äußeres Merkmal der Republik war unternommen von allen größeren bürgerlichen Parteien, und um die ganze politische Zämmtheit des deutschen Bürgertums besonders deutlich zu machen, hatten auch die Demokraten ihre Unterschrift unter den Antrag gesetzt!

Was es bei der ganzen Aktion auf sich hat, legte für die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie Breitscheid dar. Hatte vor ihm für die Rechtssozialisten der Abg. David weitgehend geschichtliche Reminiscenzen gegeben und augenscheinlich mit nur geringem Erfolge der Rechten vorgehalten, daß in der Festlegung der Reichsflaggen mit schwarzrotgold dem Bürgertum von der siegreichen Revolution doch wahrlich sehr weit entgegengekommen worden sei, so packte unser Redner Breitscheid die Sache von einer anderen Seite an. Er verwies darauf, daß für uns die Farben des Reiches von untergeordneter Bedeutung seien. Viel wichtiger ist uns die Politik, die unter diesen Farben getrieben wird. Die Arbeiter haben kein Interesse, sich nach der in der schwarzweißen Ära betriebenen Politik zurückzusehen. Aber auch im republikanischen Deutschland — das wurde besonders deutlich nach David hin gesprochen —, sind Arbeiter unter Ausnahmestellung bedrückt und verfolgt worden. Uns ist die demokratische Staatsverfassung nicht mehr als ein Gehäuse, das erst mit Sozialismus erfüllt werden muß. Den Versuch der Reaktion, dieses Gehäuse zu zerstören, treten wir entgegen.

Die Bürgerlichen hatten einen Rechtsanwalt Gildemeister von der Stimmerei und den Oberlehrer Oberhofen von den Deutschnationalen vorgeschickt. Mit solchen oberflächlichen, ja absurden Redebildungen ist selten ein Antrag begründet worden, wie dieser. Die Reden boten unser Redner zahllose Witzchen zu wirksamen Angriffen. Breitscheid stürzte die Herren, die mit den lindlichen Argumenten kamen, unser Handel könne nur dann wieder ins Ausland dringen, wenn zur Beförderung der deutschen Waren Schiffe benötigt würden, auf denen schwarzweiße Wimpeln wehen! Als ob das Ausland schuldlos nach dem Anblick der Blutfahne des deutschen Militarismus sei! Aber dieses zeigte Breitscheid, daß die deutsche Handelsflagge jetzt schon in der Hauptsache aus schwarzweißen Farben bestehe, nur in der rechten oberen Ecke sei eine schwarzrotgoldene „Wölkchen“, das den vierundzwanzigsten Teil der ganzen Flagge ausmache! Um dieses bescheldenen Fleckchens willen, der einzigen Konzeption an das neue Deutschland, werde nach den deutschnationalen und völksparteilichen Deklamationen das Ausland sich gegen die deutschen Waren sperren! Die Kämpfer für die schwarzweißen Farben merkten, daß die Situation für sie immer blamabler wurde und sie freuten sich, als Breitscheid erwiderte, indem er zutreffend darauf hinwies, daß Deutschlands Aufstieg und Wiedereingliederung in den weltpolitischen und volkswirtschaftlichen Kreislauf erleichtert werde, durch deutliche Anzeichen von einer wirklichen zeitgemäßen Umgestaltung seiner innerpolitischen Verhältnisse. Der Versuch der bürgerlichen Parteien, das äußere Merkmal der Umgestaltung zu befechtigen, siehe dieser Entwicklung hindernd im Wege.

Die Demokraten Heile und Koch spielten als Redner ihrer Partei die klügliche Rolle, die man sich denken kann. Sie sahen im Schlepptau der Deutschnationalen das Furcht, im anderen Falle beim Spektakelgertum als weniger national zu gelten.

Die Abstimmung brachte eine Übererregung. Die treffliche Kritik der Linken hatte einige Abgeordnete aus dem Zentrum und den Demokraten wandend gemacht. So ergab denn die namentliche Abstimmung für den Antrag der bürgerlichen Parteien 120, dagegen 121 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Die schwarzweißen Sturmgewissen gaben sich keine Mühe, ihre Überzeugung, ihren Kerger und ihre Erbitterung zu verbergen.

Der 5. Deutsche Städtetag.

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Erstattung des Geschäftsberichts, bei dem die Unabhängigen einen Vorstoß gegen den bisherigen Schiedsrichterkonferenz, indem sie verlangten, daß der Geschäftsbericht in Zukunft gedruckt vorgelegt werde. Wie selbstherrlich sich der Vorstand des deutschen Städtetages bisher als Ausschuh der deutschen Oberbürgermeister fühlen konnte, beweist die Tatsache, daß den Delegierten weder zum Geschäftsbericht noch zu der Forderung der Satzungen irgendeine schriftliche oder gedruckte Unterlage gegeben wurde. Nicht einmal die bisherigen Satzungen des Statuts bekommen die Delegierten in die Hand. Die Herren waren es eben immer gewöhnt, daß die Delegierten die Vorschläge des Vorstandes annahmen, weil sie bisher so hilflos unter sich waren. Dieser autoritäre Charakter der Organisation des Städtetages mußte naturgemäß bei einer stärkeren proletarischen Vertretung auf dem Städtetage Widerspruch finden, der von der unabhängigen Fraktion zum Ausdruck gebracht wurde. Unsere Genossen versuchten durch eine Anzahl Anträge das Statut so umzuändern, daß der Städtetag in Zukunft das Spiegelbild der städtischen Bevölkerungskreise bleibe, und daß der Vorstand des Städtetages ein demokratisches Organ, nicht aber ein autoritäres Instrument der höheren kommunalen Verwaltungsbürokratie sein sollte. Dieser Versuch ist gescheitert, der Fraktionsredner, Genosse Frey und Nürnberg, wurde sogar oft unterbrochen. Unsere entscheidenden Anträge wurden abgelehnt. Bestehend ist, daß nicht nur die Bürgerlichen, sondern auch die Rechtssozialisten die Anträge der Unabhängigen niederstimmten. Der Rechtssozialist Beims-Magdeburg unternahm bei dieser Gelegenheit sogar einen aggressiven Vorstoß gegen die Unabhängigen, indem er — ganz nach dem Vorbild bürgerlicher Verkleinerungsredner — in den höchsten Tönen stichlicher Entrüstung erklärte: „Hier kommt es nicht darauf an, sich nach politischen Gesichtspunkten zu orientieren, sondern positive Arbeit zu leisten, aber die Unabhängigen machen diese Arbeit unmöglich.“ Das war eine Rede für die Bürgerlichen, die Herrn Beims denn auch durch fanatischen Beifall bekundeten, daß er mit der „positiven Arbeit“ wieder einmal — wie schon so oft unter der gleichen Parole —

die Geschäfte der Bürgerlichen besorgt hatte. Genosse Seeger, Leipzig kennzeichnete dieses Verfahren des Herrn Beims in der gebührenden Weise. So kam es, daß nur ein Teil der unabhängigen Anträge angenommen wurde, für die hatten auch die Rechtssozialisten gestimmt, trotzdem Herr Beims erklärt hatte mit den unabhängigen Anträgen werde nur die Zeit nicht mehr verbracht.

Der wichtigste Gegenstand der Tagung war zweifellos die Stellungnahme zur Gemeindeverfassungsreform. Drei Referate waren dazu vorgelesen. Die Reform ist auch vom bürgerlichen Standpunkt aus notwendig geworden durch die Umwälzungen, die die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeindebedeutet. Einer der Referenten, Dr. Kopp-Stuttgart, faßte seine Forderungen dahin zusammen, daß er sagte: „Die Gemeinde dürfen nicht mehr im Sinne des Obrigkeitsstaates regiert werden. Damit hatte er die ganze Beschränkung der bürgerlichen Reformbestrebungen enthüllt. Die Herren wollen reformieren, aber nur „Los von der unnötigen Staatsvormundschaft, die verblüffend wirkt.“ Dieser Wunsch war auch die vom Vorstand des Städtetages vorgelegte Entschliessung angepaßt, in der die unangehörige Selbstverwaltung der Gemeinden gefordert wurde, ohne daß nur ein Wort über den inneren Ausbau der Gemeindeverfassungsreform gesagt worden wäre. Deshalb stellte die unabhängige Fraktion einen Zusatzantrag, in dem grundsätzlich gefordert wurde, daß die Entscheidungen in den Gemeinden ausschließlich die gewählten Gemeindevertreter zu fassen haben. Der Antrag wurde vom Genossen Liebmann-Leipzig begründet, der die zuletzte scharfe Forderung der Referenten und der Vorstandsentschliessung scharf beleuchtete und besonders betonte, daß die Oberbürgermeister durch diese Zweifelhäftigkeit ihre bevorrechtete Stellung vergrößern und außerdem „Sicherungen gegen die Tribüne und die Straße“, das heißt, gegen den Einfluß des Volkes schaffen wollen. Der unabhängige Zusatzantrag wurde abgelehnt, die Rechtssozialisten erklärten zwar, daß sie dafür stimmen sie waren aber bei der Abstimmung sehr schwach vertreten ihr Vertreter, Rische-Dresden, hatte vorher eine Rede gehalten, die sich gegen eine entschiedene Gemeindeverfassungsreform aussprach. Sogar das Zweikammersystem mit Herr Rische behauptete.

Die Verhandlungen über die Gemeindeverfassungsreform haben gezeigt, daß in bürgerlichen und leider auch in rechtssozialistischen Kreisen noch harte Widerstände bei der Durchführung der bürgerlichen Demokratie zu überwinden sind. Ueberhaupt zeigte auch der Städtetag eine starke Uebereinstimmung rechtssozialistischer Führer mit bürgerlichen Bestrebungen. Es war alles darauf ankommen, den rechtssozialistischen Arbeitern die Augen über das gefährliche Treiben ihrer Führer zu öffnen, sonst wird die Reform eitles Stillewerk.

Die Auflösung der Selbstschutzorganisationen verfügt.

Amlich wird gemeldet:

Zum 31. Mai d. J. hat, wie bekanntgegeben, die Reichsregierung der interaktierten Militärkontrollkommission die bis zu diesem Zeitpunkt geforderte Liste der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen überreicht. Mit Rücksicht auf den am 30. Juni bevorstehenden Ablauf der im Ultimatum für die Auflösung gesetzter Frist hat die Reichsregierung nunmehr die formellen Bekanntmachungen über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisationen Eberich erlassen. Von der amtlichen Veröffentlichung dieser Bekanntmachungen, die Montag im Reichsgesetzblatt erfolgt, sind die Organisationen aufgelöst. Ihre Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar. Die entscheidende Wendung in der Frage der Auflösung ist bekanntlich dadurch eingetreten, daß (während der Friedensvertrag von Selbstschutzorganisationen nicht spricht das Ultimatum vom 6. Mai dieses Jahres in Verbindung mit der Pariser Note vom 29. Januar Deutschland auch die Auflösung der Selbstschutzorganisationen auferlegt und die Bestimmungen des Friedensvertrages in diesem für Deutschland ungünstigen Sinne interpretiert. Die Reichsregierung war durch die Annahme des Ultimatus gezwungen, diese Interpretation zu übernehmen und auch ihrerseits diese von ihr früher bekämpfte Auslegung des Artikel 177, 178 des Friedensvertrages anzuwenden. Zuständig für die Auflösungsverfügung auf Grund der Artikel 177, 178 sind nach dem Gesetz vom 22. März 1921 die Landesregierungen und (wenn diese von der Auflösung absehen) die Reichsregierung. Die beteiligten Landesregierungen haben es zum Teil vorgezogen, die Verfügung der Reichsregierung zu überlassen, wollen jedoch selbstverständlich (getreu der Verfassung, und in Anerkennung der Zwangslage der Reichsregierung) dieser Verfügung Rechnung tragen. Die Reichsregierung richtet nunmehr an alle Beteiligten die dringende Aufforderung, auch ihrerseits sich mit Rücksicht auf die Zwangslage in die gegebene Notwendigkeit im vaterländischen Interesse zu fügen.

Die Bekanntmachungen des Reichsaufstellers

haben folgenden Wortlaut:

1. Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung des Artikel 177/178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatus der allierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die in der Provinz Ostpreußen noch bestehenden Orts- und Grenzwehren für aufgelöst erklärt. Alle Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen werden mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

Die zweite und dritte Bekanntmachung stimmen im Wortlaut mit der ersten überein, nur betreffen sie die Auflösung der Organisation Eberich im ganzen Reich und die Grenzwehren im Freistaat Bayern.

Brandlers Sündenfall.

Wie wir letzterzeit berichtet haben, hatte der Vorsitzende der KAPD, Brandler, in seiner Verteidigungsrede vor dem Berliner Ausnahmegericht Ausführungen gemacht, die im schroffen Gegensatz zu dem Handeln; was die Kommunisten bisher stets in ihrer Presse, in ihren Reden und in ihren offiziellen Auftritten vertreten haben. Brandler sagte u. a.:

Wir haben in den verflochtenen Lagen bewiesen, daß es uns nicht darum zu tun ist, in die Regierung zu kommen. Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben, und zwar durch gewählte Mittel. Wir können doch kein Rätesystem errichten ohne Hilfe! Die Diktatur des Proletariats wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die heutige Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei bestehen der deutschen Verfassung. Sie bedeutet, daß die Macht des Proletariats die Politik bestimmt. Der Profit der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechts geschehen. Das ist die Diktatur des Proletariats.

Das waren Ideen, die von den Kommunisten stets als „Verfall am Proletariat“ denunziert worden waren, wenn sie von irgend einem „Menschen“ vertreten wurden. Sozialdemokratische

nun die Zentrale der KPD, auch ihren neuen Parteivorstand
genau so zum Vertreter stampeln müssen, wie den früheren Vor-
sitzenden Levi. Man befürchtet aber in der Zentrale offenbar,
dass dadurch der Witzwarr in der kommunistischen Partei noch
verstärkt würde und die Parteimitglieder noch mehr kopflos gemacht
werden könnten. Deshalb beschloß die Zentrale, Brandler
wegen seiner Haltung vor dem Sondergericht zwar eine scharfe
Rüge zu erteilen, den Beschluß aber nicht zu veröffent-
lichen. Erst nachdem unser Berliner Parteiblatt, Die Freiheit,
den Beschluß der Zentrale veröffentlicht hatte, mußte sich diese nach
einigen Tagen endlich bequemen, ihren Mitgliedern vor ihrem
wichtigen Beschluß Kenntnis zu geben. Die Zentrale schreibt in
der Roten Fahne, sie habe zur Beurteilung Brandlers Stellung
genommen und beschlossen, das Material über den Prozeß Brand-
ler zu veröffentlichen, um den eigenen Parteigenossen Gelegenheit
zu geben, sich über die Haltung Brandlers vor Gericht auf Grund
des stenographischen Protokolls eingehend zu unterrichten, und um
den menschlichen und weltlichen Kritikern die Haltlosigkeit
ihrer Beweisführungen nachzuweisen. Ueber die an Brandler er-
teilte scharfe Rüge und über die Geheimhaltung des Beschlusses
sagt die Zentrale kein Wort! Sie ist offenbar der Meinung, daß
solche Vorgänge die Mitglieder der KPD, gar nichts angehen.
Dafür teilt die Rote Fahne ihren Lesern mit, daß Brandler
zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses der 3. Internationale
gewählt worden ist. Derselbe Brandler, der als Vor-
sitzender vor dem Gericht die ganze Praxis seiner Partei preis-
gegeben hat und deshalb von der Parteizentrale aufs schärfste ge-
rügt wurde, wird jetzt Ehrenvorsitzender des Kongresses der
kommunistischen Internationale! Es dürfte schwerlich irgendeine
Partei geben, in der ein solches Durcheinander möglich wäre. Da-
für behaupten aber die Kommunisten, daß in ihrer Moskauer
Internationale die „stärksten, konsequentesten und revolutionä-
rsten“ Parteien vereinigt seien.

Die Achtung der unehelichen Mütter.

up. Der Reichstag hatte sich bereits im März d. J. mit den
von der Postbehörde vorgenommenen Entlassungen von Be-
amtinnen befaßt, die lediglich mit der unehelichen Mutterschaft
der Entlassungen begründet wurden. Gegenüber dem durch die Ge-
nossin Fleg damals vertretenen Protest der U.S.P. fand schließlich
die Reichsregierung für die reaktionäre Auffassung des Post-
ministers Giesberts noch die knappe Mehrheit von einer Stimme.
Die Reichsregierung mußte aber zusehen, bis zur endgültigen
Erledigung der Angelegenheit von weiteren Entlassungen abzu-
sehen. Inzwischen sah sich der sogenannte Reichsverband der Post-
und Telegraphen-Gehilfinnen bemüht, dem bedrängten Post-
minister beizuhelfen, die Beamtinnen zu verteidigen und in einer
Petition auch seinerseits mit stiller Entrüstung die Achtung
der unehelichen Mütter zu verlangen. Der 23. Ausschuß befaßte
sich am 22. Juni mit dieser Petition, die von der bürgerlichen
Mehrheit als Material an die Reichsregierung überwiesen wurde.
Gleichzeitig wurde in einer Entscheidung die Regierung aufge-
fordert, Richtlinien zu schaffen, inwieweit künftig die uneheliche
Mutterschaft noch Grund zur Entlassung bilden dürfe. Die Ge-
nossen Kuschauer und Breunig richteten in einem Antrag
an die Reichsregierung die Aufforderung für sofortige Auf-
hebung aller behördlichen Bestimmungen, wonach den Beam-
tinnen durch die uneheliche Mutterschaft hinsichtlich der Anstellung,
Beförderung oder Entlassung irgendwelche Nachteile erwachsen, zu
sorgen. Ebenso wurde auch in einem Antrag Büllhoff (S.P.D.)
gegen die wegen unehelicher Mutterschaft verfügten Entlassungen
Stellung genommen. Die beiden Anträge der sozialistischen Par-
teien wurden von den Abgeordneten der Volkspartei, der Deutsch-
nationalen und des Zentrums mit schwacher Mehrheit abge-
lehnt. Auch die Frauen dieser Parteien stimmten gegen das
Persönlichkeitsrecht der Beamtinnen.

Förderung der Wiederaufbauverhandlungen.

Berlin, 27. Juni. (DA.) Wie die Dena erzählt, sind Staats-
sekretär Bergmann und Reichskommissar für den Wiederaufbau
Dr. Guggenheimer am gestrigen Sonntag nach Paris abgereist.
Die auf mehrere Tage berechneten Verhandlungen mit dem fran-
zösischen Wiederaufbauminister Doumer beginnen heute
und haben, wie amtlich mitgeteilt, hervorragende Bedeutung für
die Fragen der Preisfestsetzung und Finanzierung zum Gegenstande.

Berlin, 7. Juni. Ueber die Auslieferung der deutschen Holz-
häuser für das französische Wiederaufbaugesamt erzählt das Ber-
liner Tageblatt: Die Beschäftigung der in Deutschland aufgestellten
Probefabrik durch eine französische Kommission hatte das Ergeb-
nis, daß eine Reihe von Abänderungswünschen gestellt wurden.
Hierdurch wurde eine neue Preiskalkulation nötig, und die Differ-
renz zwischen dem alten und dem neuen Preise wurde von einigen
Militären dahin ausgelegt, daß die Franzosen die deutschen Preise
als ungerechtfertigt beanstanden hätten. Zur Zeit werden 70 Hän-
ser verschiedener Typen zur Beschäftigung in dem zerstörten Gebiet
zur Begutachtung aufgestellt. Danach sollen die Bestellungen auf
die verschiedenen Typen erfolgen.

Eine weitere Teilzahlung.

Paris, 28. Juni. Die deutsche Regierung kündigt eine wei-
tere Zahlung von 24 Millionen Goldmark auf die bis zum
1. August fällige Milliarde an. Die bisherigen Barzahlungen
erreichen die Gesamthöhe von 244 Millionen Goldmark. Die Zah-
lung erfolgt diesmal in der Hauptsache in europäischen Werten. Die
Reifsumme ist in Bonds zu 10 Millionen Dollars bei der Repara-
tionskommission worden. (T.U.)

Die Abrüstungsfrage wird „studiert“.

Genf, 27. Juli. Am 16. Juli wird in Paris die erste Tagung
der gemischten Kommission zum Studium der Abrüstungsfragen
abgehalten, die auf Grund eines Beschlusses der letzten Völker-
bundversammlung eingeleitet wurde. Da der Verwaltungsrat des
internationalen Arbeitsamts sich gewelgert hat, die Ernennung
von drei Vertretern der Abrüstungsfrage vorzunehmen, sind diese
vom Generalsekretär direkt ernannt worden. Der Generalsekretär
hat einen dänischen, einen tschechoslowakischen und einen kanadi-
schen Vertreter gewählt.

Verständigung über die Friedensresolution?

Washington, 27. Juni. Einer Neutermeldung zufolge er-
klärten die republikanischen Führer, daß ein Abkommen über
die miteinander konkurrierenden Entschuldigungen Knog und Porter
bezüglich Beendigung des Krieges mit Deutschland und Österreich
erzielt worden sei. Sie sagen voraus, daß dieses Abkommen auf
einer morgen stattfindenden Konferenz von Vertretern des Senats
und des Repräsentantenhauses angenommen werden wird.

China gegen das englisch-japanische Bündnis

London, 27. Juni. Wie die Blätter aus Neuyork melden,
griff der chinesische Gesandte in den Vereinigten Staaten auf
einem Bankett des Verbands der Bankiers von Neuyork in einer
Rede den englisch-japanischen Bündnisvertrag heftig an. Der Ge-
sandte nannte diesen Vertrag eine Kriegsmaschinerie, die
den Zweck verfolge, die Interessen Großbritanniens und Japans
im fernen Osten zu schützen. Das chinesische Volk habe guten Grund,
sich der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses zu wider-
setzen. Es betrachte die Lage als unerträglich. Wenn die Chinesen
und die Vereinigten Staaten nicht an diesem Abkommen teil-
nehmen würden, dann könnte der Friede im fernen Osten nicht ge-
sichert werden.

Scharfer Konflikt in der russischen kommu- nistischen Partei.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die
Morningpost meldet aus Kiew, daß die Sitzung des 3. Kongresses
der kommunistischen Internationale bewiesen habe, daß die Spal-
tung in der kommunistischen Partei endgültig ist. Es kam zu den
schärfsten Zusammenstößen zwischen den Anhängern Lenins und
den Extremisten. Obgleich Lenin die kräftigste Unterstützung von
seiten der deutschen Kommunisten erhalte, siegen die Extremisten.
— Die Morningpost meldet weiter, daß in Rußland ein großes
Komplotz gegen die Sowjetregierung entdeckt wurde, das den
Zweck verfolgte, eine neue Koalitionsregierung zwischen Lenin und
den gemäßigten Kommunisten auf der einen Seite und den bür-
gerlichen und sozialistischen antibolschewistischen Gruppen auf der
anderen Seite zustandzubringen. Zahlreiche Verhaftungen wur-
den vorgenommen.

Die Richtigkeit der Meldungen läßt sich hier nicht nachprü-
fen. Wir geben diese Nachrichten deshalb mit allem Vorbehalt
wieder. Bemerkenswert sei aber, daß verschiedene Anzeichen darauf hin-
deuten, daß sich zur Zeit in Rußland bedeutungsvolle Vorgänge
abspielen.

Deutsch-Westungarn muß an Oesterreich abgetreten werden.

Wien, 27. Juni. (D.M.) Wie die Parlamentarische Korrespon-
denz meldet, haben die Ententemächte an Ungarn eine
Note gerichtet, worin der ungarischen Regierung Verhaltungs-
maßregeln für die Abtretung Westungarns an Oesterreich erteilt
werden. Ungarn wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der
Räumung Westungarns keinerlei Ausschreitungen sich
ereignen dürfen. Die Regierung wird gewarnt, etwaige Ver-
suche, wie sie die Polen in Oberschlesien gemacht haben,
nachzuahmen und so den Vertrag von Trianon schwerigkeitsvoll
zu bereiten. Weiter wird darin mitgeteilt, daß Oesterreich von der
Entente aufgefordert wurde, einen Vertreter für die Feststellungs-
kommission in Westungarn namhaft zu machen, die beauftragt bei
Inkrafttreten des Friedensvertrages von Trianon mit ihren Ar-
beiten zu beginnen hat.

Die Warnung der Ententemächte an Ungarn ist nicht so über-
flüssig, da die Horthy-Banden seit langem schon Deutschwestungarn
überfluten — es ist kein Zufall, daß der Anab Karl gerade von
Stelmanger, dem Hauptort des abzutretenden Gebietes, seinen
Triumphzug durch Ungarn zu beginnen gedachte — und sich für
eine dauernde Herrschaft dort eingerichtet haben.

Verhandlungen zwischen der Entente und Angora?

Paris, 27. Juni. Der Chicagoer Tribune wird aus Kon-
stantinopel gemeldet, daß in Angora, wo sich gegenwärtig
eine englische, eine italienische und eine französische Delegation
aufhalten und wo sich auch unauffällig griechische Unterhändler
befinden sollen, der Abschluß eines Abkommens mit den Türken
bevorstehe. Engländer seien folgende Bedingungen gestellt
worden: 1. Annahme des von Bekir Sami Bel unterzeichneten
französisch-italienisch-türkischen Vertrages; 2. Freigabe der englischen
Gefangenen; 3. Öffnung der anatolischen Häfen für die britische
Schifffahrt; 4. Genugtuung für die Durchsuchung eines britischen
Schiffes; 5. Wiederherstellung der englischen Rechte in der Türkei.
Der erwähnte von Bekir Sami Bel abgeschlossene Vertrag soll bis
auf zwei Punkte bereits angenommen worden sein. Die Türken
erheben Einwendungen gegen die Einrichtung einer gemischten
Polizei in Cilicien und bestehen darauf, daß die Polizeigewalt von
einheimischen Kräften ausgeübt werden müsse. Zweitens sind sie
noch nicht einverstanden mit der von den Engländern beabsichtigten
Festsetzung der Grenze zwischen Cilicien und Syrien. Die Türken
sollen eine Linie verlangen, die 5 Kilometer nördlich von Alexan-
drette bis 5 Kilometer nördlich von Aleppo geht. Seitens der fran-
zösischen Delegation in Angora sei man bereit, diese beiden Forderungen
zuzugeben.

Die erste Niederlage der Griechen.

Paris, 27. Juni. Havas meldet aus Konstantinopel, daß die
griechischen Truppen bei Adabazar und Sabanda geschlagen wor-
den seien und sich auf Zomid zurückziehen hätten müssen. Auch
Zomid sei gegen Abend des 24. d. M. von den Türken besetzt wor-
den. Die Bewohner von Zomid seien von einem englischen Kreuzer
an Bord genommen worden.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die
Wojtsche Zeitung meldet aus Paris: Ein griechischer Kriegs-
bericht meldet, daß während der Umgruppierung der griechischen
Truppen in der Gegend von Nikomedeia eine griechische Ab-
teilung von den Türken angegriffen wurde. Die griechische Ab-
teilung habe 200 Tote und Verwundete verloren. Die Griechen
haben sich auf Zomid am Marmarameer zurückgezogen, das sie
aber ebenfalls am 24. Juni den Türken überlassen mußten.

In der Gegend von Zomid standen die letzten Ausläufer des
alten Hingels des griechischen Heeres. Daß sie geschlagen wurden
und Zomid räumen mußten, erhält keine besondere Bedeutung
dadurch, daß Zomid am Marmarameer, nicht mehr weit von
Skutari, dem asiatischen Stadteil Konstantinopels ge-
legen ist. Damit wird die Schattenherrschaft des Sultans von
Konstantinopel von der Entente Gnade nicht nur politisch, sondern
auch militärisch unhaltbar und ihr Sturz ist nur mehr eine Frage
von Tagen.

Der König von Irak.

London, 27. Juni. (D.M.) Neuter meldet, daß der Emir
Faisal mit großem Gefolge von Basrah nach Bagdad
abgereist ist, wo die mesopotamische Nationalversammlung zu-
sammentrete, um Faisal zum König von Irak zu wählen.
Es gehört zum Abo der englischen Kolonialpolitik und erklärt
zu einem großen Teil ihre grandiosen Erfolge, daß die Eingebore-
nen mit Peitsche und Zügel behandelt oder vielmehr die
Peitsche der Kolonialherrschaft möglichst versucht wird. Ein Mittel
dazu, die englische Herrschaft möglichst wenig fühlbar zu machen,
ist die Einhebung von eingeborenen Schattenherrschern
oder die formelle Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Das ist der
Sinn der „Wahl“ Emir Faisals zum „König von Irak“, dem neu
eroberten Mesopotamien.

Die Irländer und das englische Angebot.

Rotterdam, 28. Juni. (T.U.) Aus London wird gemeldet: Es
heißt, daß De Valera zu Verhandlungen bereit sei, wenn die Extre-
misten ihm dazu die Erlaubnis geben würden. Es heißt ferner,
daß die Verhandlungen von den Sinnfeinern angenommen werden,

aber daß vor dem Zusammentritt der Konferenz die Sinnfeiner
Würgschaften verlangen werden, daß vollständig freies Gesetz für
den Oberkommandierenden der Sinnfeinertruppen, für den Chef
des Generalstabes der Sinnfeinertruppen und für andere
republikanische Persönlichkeiten aus Irland gewährt wird. — Ein
führender Sinnfeiner erklärte, daß der Friede in Irland möglich
sei, wenn das englische Kabinett folgenden Bedingungen zustimmen
werde: 1. Daß Irland sich selber regiert, mit Ausnahme der aus-
wärtigen Angelegenheiten, Heer, Marine usw.; 2. Daß Irland einen
hohen Grad von Autonomie erlangt, wozu sich De Valera schon
früher bereit erklärt habe.

London, 27. Juni. Die gesamte Presse befaßt sich eingehend
mit der Aufforderung Lloyd Georges an die irischen Führer Craig
und De Valera, zu einer Konferenz in London zusammenzutreten.
Die Blätter heben hervor, daß alles von der Haltung De Valeras
abhänge. Craig habe bereits geantwortet, daß er das Kabinett
zu morgen einberufen habe, um die Einladung Lloyd Georges zu
erörtern, und daß er das Ergebnis Lloyd George mitteilen werde.
— Daily Chronicle schreibt, wenn die Meinungsverschieden-
heiten zwischen Nord- und Südirland beseitigt würden, so könnte
das englische Parlament das augenblicklich bestehende Gesetz ruhig
abändern. — Sunday Times sagt, jeder Plan, der für die
beiden Vertreter von Nord- und Südirland annehmbar sei, werde
auch für die britische Regierung annehmbar sein. — Daily
Telegraph schreibt, wenn das Angebot abgelehnt werde, dann
werde die englische Regierung bei jeder Politik, die sie anzunehmen
gezwungen werde, freiere Hand haben als bisher. — Times sagt,
die Stunde des Friedens für Irland habe geschlagen. Das Blatt
sagt weiter, daß De Valera einen ersten Fehler begehen würde,
wenn er die Einladung ablehne.

Während Times aus Dublin meldet, daß der Schritt Lloyd
Georges in Irland lebhaftes Befriedigung und große Hoffnung her-
vorgerufen hat, wird Morning Post zufolge in Dublin der Brief
Lloyd Georges als Geständnis des Mißerfolges des britischen
Kabinetts aufgefaßt. In einem Vortragsaufsatz erklärt Morning Post,
das Schreiben Lloyd Georges an De Valera sei ohne Vorgang in
der Geschichte Englands; es sei ein Friedensappell, den die Re-
gierung an einen Rebellen richtete. Die bittende Geste werde in
Indien und Ägypten und überall, wo die Feinde Englands das-
selbe Ziel verfolgen wie De Valera, nämlich die Zerstörung des
britischen Reiches, als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden.

Neue Allentate der Sinnfeiner.

London, 28. Juni. (T.U.) Sonntagsabend sind Bewaffnete in
das Manslow-Hotel eingedrungen und haben auf 20 Offiziere
Gewehrschüsse abgegeben. Einer wurde getötet und ein anderer
schwer verwundet. — Die Signale der Great East Railway bei
Stamford wurden in der vergangenen Nacht von Sinnfeinern
vollständig unbrauchbar gemacht. — Ein Telegramm aus Irland
meldet, daß ein Sergeant und ein Agent der R. S. C. in der Nacht
zum Montag in der Nähe von Galway erschossen wurden. Ein
weiterer Agent wurde in der Nähe von Aldibry in der Grafschaft
Cork erschossen, als er vom Dienst zurückkehrte.

Kleine Auslandsnachrichten.

Vor einer neuen Revolution in Mexiko?

Nach einem Telegramm der Chicago Tribune aus San Antonio
steht Mexiko vor einer neuen revolutionären Krise. Gegner des
Präsidenten Obregon sollen eine halbe Million Dollar zu seiner
Bekämpfung aufgebracht haben. An der Spitze der Bewegung
stehe General Pablo Gonzalez. Truppensammelaufhebungen und
kleine Kämpfe hätten bereits begonnen.

Die amerikanischen Sozialisten gegen Moskau.

Wie die Chicago Tribune aus Detroit meldet, hat der dort
tagende Kongreß der sozialistischen Partei Amerikas mit 34 gegen
4 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale abgelehnt.

Die Danziger Sozialisten für die 2. Internationale.

Wie der Vorwärts berichtet, hat die Parteilung der Sozial-
demokratischen Partei folgendes Telegramm erhalten: Der Dan-
ziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat sich zu den
Grundfragen des zehnten Kongresses der zweiten Internationale
bekannt und seinen Anschluß an sie beschlossen.

Von Nah und Fern.

Abgeläutertes Flugzeug.
Dortmund, 28. Juni. (T.U.) Auf der Fahrt von Dortmund
nach Braunschweig stürzte das Verkehrsflugzeug D. 18 der Deutschen
Luftreederei ab und wurde zertrümmert. Die beiden Insassen
wurden schwer verwundet.

Einbruch in Zollämter.
Rüthen, 27. Juni. Ein Einbruch wurde in der letzten Nacht
im hiesigen Zollamt verübt. Nach den bisherigen Feststellungen
wurden für 200 000 Mark Wertgegenstände für Zigaretten und Fein-
schmuck-Tabak gestohlen. Diebstähle ähnlicher Art werden auch aus
mehreren anderen Städten gemeldet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Ernst Frenzel in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Kukirol
beselig, schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
König-Salomo-Apothek, Grimmische Str. 17.

Ein Kuss von ihr
war stets ein Hochgenuß!
Warum??
Sie putzte die Zähne mit der
Reform-Zahncreme
Solidento*
Mit dem köstlich erfrischenden,
belebenden Geschmack! Mundgeruch
verschwindet! Die Zähne werden
schneeweiß, blitzblank und gesund.
Die wäre so gut und billig, sagte sie.
Tubo 2.— und 3.60 Mk.
* Und wahrhaftig, etwas Besseres gibt's auch nicht
wie Solidento. Sie wird in den bekannten Kombella-
labriken in Dresden hergestellt und ist überall zu haben.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Gewerks große Volks-Versammlungen

Donnerstag, den 30. Juni, abends 7/8 Uhr, in folgenden Lokalen:

Zoologischer Garten :. Westendhallen, Leipzig-Blagwitz :. Drei Lilien, Leipzig-Reudnitz
Gosenschlößchen, L.-Eutritzsch :. Goldne Krone, L.-Connewitz :. Papiermühle, L.-Stötteritz.

Referenten: Reichstagsabg. Genossen Dr. Herz, Berlin, Simon, Nürnberg, Goldmann, Schweinfurt, Seidel, Hof, Seger, Leipzig, Ruffel, Leipzig.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Verteuerung der Lebensmittel und die neuen Steuern.

Wir erfragen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Beamten und Angestellten, für Massenbesuch dieser Versammlungen zu sorgen.

Der Hauptvorstand Groß-Leipzig (U. S. P. D.).

Das Gewerkschaftskartell Leipzig.

Lindenauer Lichtspiel-Haus
Nur Lützner Strasse 19.
mit seiner Kinostudierei

128 Preise • Der Totenkopf • 128 Preise
50 000 Mk. Belohnung!

Sachdienliche Angaben finden Sie im ersten Teil dieses Films, welcher ab heute in unserm Theater läuft. Diese sensationelle Handlung spielt im Lande der Goldsucher.

Der steinerne Gast!
Ein lebenswahres Drama in 5 Akten.

Freitag: Harry Piel.

Markranstädt und Umgegend.
Mittwoch, den 29. Juni 1921, abends 8 Uhr
Große öffentl. Protestversammlung
in der guten Quelle.

Tagesordnung:
Die Verteuerung der Lebensmittel und die neuen Steuern.

Referent:
Reichstagsabgeordn. Genosse Staab, Potsdam.

Wir erfragen, für Massenbesuch dieser Versammlung zu sorgen.
Der Vorstand des Ortsvereins Markranstädt.
Das Gewerkschaftskartell Markranstädt.

U.S.P.D. Gross-Leipzig
Alt-Leipzig, Westen II. Sonnabend, den 2. Juli.
Musik nach Böhlitz-Ehrenberg. Große Fische. Dasein
Tanz und gemüthliches Beisammeln. Treffpunkt
Abends 7 Uhr. Verwaltungsgedäude. Sammeln 7 Uhr.
Abmarsch Punkt 7 Uhr. Zahlreiche Beteiligungen
erwünscht. Genossen und Genossinnen anderer Bezirke
sind hiermit freundlichst eingeladen.
Die Bezirksleitung.

Wochentags Einlaß 4 1/2, Anfang 5, Ende 10 1/2 Uhr
Sonntags Einlaß 3, Anfang 3 1/2, Ende 10 1/2 Uhr

Lindenfels
Karl-Seine-Strasse 50 Fernruf 18195/98

LOTTE NEUMANN
im 5. Akt nach dem Roman von Paul Oster Röder:
Die verbotene Frucht
mit Aufnahmen aus Catania, Pompeji,
Genua und anderen italienischen Städten.

Das Geheimnis
der goldenen Kapsel
Detektiv-Abenteuer mit
5 Akte **Joe Jenkins** 5 Akte
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Vorträge für hausfrauen Vorträge

Am Donnerstag, 30. Juni, nachm. 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr,
im Volkswohlfahrt, Schörrstraße 7, praktische Vorführung der sparsamsten, viel Zeit ersparenden modernen
Gas- und Koch-Apparate u. a.

Rochen eines Mittagessens mit nur 35 Pfa. Gas unter der Columbus-Dampfschale.
5 Speisen übereinander auf nur einer Flamme unter der Columbus-Dampfschale schneller fertig wie bisher auf 4 Flammen.
Braten im eigenen Saft unter der Columbus-Dampfschale.
Baden eines Kindchens mit nur 25 Pfa. Gas unter der Columbus-Dampfschale.
Sterilisieren von 5 Gläsern mit nur 30-40 Pfa. Gas unter der Columbus-Dampfschale.
Eis unter der Columbus-Dampfschale in 1/2 Stunde von selbst fertig ohne Rühren.
Kaffee unter der Columbus-Dampfschale hocharomatisch und fein.
Selbes Wasser umsonst unter der Columbus-Dampfschale.
Man komme und staune. Wer in der Columbus-Dampfschale kocht, brät, bädert und sterilisiert, kann während der Zeit sparsamer gehen und spart Gas.
Eintritt frei. — Kostproben-Verteilung.

Referierte Plätze kostenlos bei „Thülna“, Dittelsring 15.

Metallarbeiter
Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der abends 7-11 Uhr. Tel. 1788. Voreinget. entliehen werden. Anforderbungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

2 Bureauangestellte
für Verwaltung und Agitation gesucht.
Fünftährige Mitgliedschaft und rednerische Fähigkeit Bedingung.
Bewerbungen mit Angaben über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis spätestens 1. Juli mit der Aufschrift: „Bewerbung“ an unser Bureau einzuwenden.
Die Ortsverwaltung.

Wintergarten
Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/98

Aus den Akten einer anständigen Frau
Badendes Sittenbild in 8 Akten.

Eine Nacht im grünen Affen
Lustspiel in 3 Akten mit Arnold Hiesl, Billi Rehm.

Sportfilm Der 1. Film aus dieser Serie.....
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Luna-Lichtspiele
L.-Eutr., Schloßstr.

Dienstag bis Donnerstag, 7/7 und 9/9 Uhr
Der König von Paris II. Teil
Hannerl und ihre Liebhaber
mit Grete Freund und Felix Basch.

Wollen Sie eine prima reine
Hausgeschlachte Wurst
kaufen, gehen Sie zu Rich.
Watzig, Cu. Wittenb. St. 26.

Tapeten Rolle 1.-
Borde Meter 5.3
Wahstuch prima Qu. Mtr. 35.
Eisenstr. 54, Ecke Körnerstr.
Kein Laden!

Billigste Bezugsquelle
für Händler und Private.

Dirndlstoffe, schöne Muster per Meter Mk. 13.50
Hemdentuch „ „ „ 8.00
Lakenlein, 150 cm breit „ „ 28.00
Inletts, Barchonte, Gardinen, Stores, versch.
Stoffe, Seldenreste. Große Auswahl.
M. Bäcker, Leipzig, Ranstädter Steinweg 33, I.

Leinölfirnis kg 14.-
Alle streichfertige
Del- und Lackfarben
empfehlen unter Garantie
der Haltbarkeit
L. O. Kaspar Nachf.
Wingold, Althochstraße Str. 30.

Königs-Pavillon Promenadenstr. 8
Kasino-Lichtspiele Neumarkt
Fernruf 19271. Fernruf 10950.

Nur noch 3 Tage:
Ressel Orla Olaf Fönß
Carle de Vogt
In dem II. Sensations-
Abenteurer-Film
Die Spinnen
Das Brillantenschiff
in 6 Akten.

Wolfram Kiedlich
und
Karlchen
in
Adipipopex
Schlager-Lustspiel
in 3 Akten.

Elly studiert die soziale Frage
Lustspiel in 2 Akten.
Das Neueste
aus Natur und Leben.

Wochentags: 5, 7 und 9 Uhr

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut
und Nissen Kopf-, Kleider- und Filz-
schädlich geküchelt.
Kampolda Wanzen
für Wunden unschädlich.
Verkauf nur Schletterstr. 12: Gehlis, Henk. Sall. Str. 57:
Auerwald, Bind., Josenhitz, 17: H. Böhlis, Hanfische Gasse 7:
Georg Trümmer, L.-Wodau, Wodauer Straße 22.

Das Allerfeinste!
Kakao
holländischer
Pfund: 15.50.
„Der kleine Laden“
Zschochersche Str. 62.

Gamaschen ♦ ♦ **Gürtel**
von 50 Mark an von 1 Mark an
sehr solide Qualitätsarbeit
Erneut im Preise herabgesetzt
Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16

Metallarbeiter-Betriebsräte.
Reproduktions-, Klein-, Landwirtschaftliche
Maschinenfabr., Apparate-, Motorenbau, Um-
wäulen, Reifschneide-, Maschinenreparatur,
Mittwoch, den 29. Juni, 7/7 Uhr, Volkshaus,
Café Mitte, Versammlung. — Sehr wichtige
Tagesordnung. Der Gruppenrat.

Städtische Betriebe. Donnerstag, den
2. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus; Versammlung.
Ab Sonntag, den 3. Juli, Beschäftigung des Tele-
graphenamtes. Anmeldung in der Versamm-
lung. Das Lehrlingskomitee.

Ich biete an für Wiederverkäufer:
Vitello Eigelb-Margarine.....
1-Pfund-Würfel Mk. 10.70
Sanella reine Pflanzenmargar.
1-Pfund-Würfel Mk. 10.70
= vorrätig in 10-Pfund-Kartons =
Ferner meine Spezialmarke
Phönix
1-Pfund-Würfel Mk. 7.50
Bei größeren Abnahmen Extra-Rabatt!
Verband nach auswärts.
Kleinverkauf für die städtische Markthalle:
Fa. L. Vogel, Markthalle, Galerie, Stand 110
Kontor u. Lager: Bräulestr. 16. — Fernruf 3574.*

Konkurs-Ausverkauf
Bayerische Straße 2, im Hof.
Die zur Konkursmasse „Genossenschaft für Haus- und
Küchengeräte“ gehörigen Warenbestände werden täglich
von 9-1 und 3-7 Uhr Bayerische Straße 2 im Hof im
Einzelverkauf sowie in größeren Posten gegen Barzahlung
abgegeben. Um möglichst schnell zu räumen, werden auf
die von Sachverständigen billig abtaxierten Preise noch
10 bis 20 Prozent extra vergütet.
Rechtsanwalt W. Schneider, Konkursverwalter.

Unermartet verstorben nach kurzem aber schwerem
Krankheitslager unser geliebter Sohn, Enkel und Neffe
Rudi
im 11. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz
Leipzig, Lützowstraße 6, pl.
Familie Karl Neumann
und Angehörige.
Die Beerdigung findet Mittwoch 1 Uhr auf dem
Südfriedhofe statt.

Z ZUBAN ZIGARETTEN
nur aus reinen edlen Orienttabaken

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Juni.

Parteilangelegenheiten.

Ortsverein Dehsh-Gauhsh. Heute abend wichtige Funktionär- und Vorstandssitzung im Bürgergarten. Thonberg-Neureudnh. Beifassierer müssen am Freitag alle in der Bibliothek erscheinen. Wagnig. Die Kinderspiele finden jeden Mittwoch von 3 Uhr an statt. Rodau. Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, Kinderspiele. Treffen am Rodau. — Ferner am Freitag, abends 8 Uhr, Spielen der Kinder über 10 Jahre. Vorbereitung zum Sommerfest. — Die Genossinnen werden gebeten, die Kinder zum regelmäßigen und pünktlichen Besuch anzuhalten. Die Spielführerinnen des Ortsvereins und die Sozialistische Proletarier-Jugend.

Betriebsräte und Vertrauensleute aller Branchen der UEG, Metallarbeiter des Nordbezirks. Donnerstag, den 30. Juni, nach Arbeitschluss, wichtige Besprechung im Rodau. — Ausschank. Erscheinen aller ist Pflicht. Verbands- und Parteiausweis ist vorzuzeigen. Der Arbeitsausschuss. Kartelldelegierte. Donnerstag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, Monatsversammlung im Volkshaus, Zimmer 9. Tagesordnung: Schwerbeschädigtenfürsorge; Berufsgenossenschaften. Gewerkschaftskartell. Gruppenrat 2. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, Zimmer 104. Gruppe 1. Heute abend 7 Uhr Vollversammlung im Volkshaus, Nebenaal links.

Neues über Kindermilch

von Prof. W. Czerny und Dr. W. Neuland, Universitäts-Kinderklinik zu Berlin.

Unter dem Namen Kindermilch wurde vor dem Kriege eine Milch in den Handel gebracht, die sich durch einen hohen Fettgehalt und durch eine besonders sorgfältige Behandlung bei der Gewinnung und beim Transport auszeichnete, so daß sie zuverlässig frisch und bakterienarm in die Hände der Konsumenten gelangte und große Gewähr bot, Säuglinge und Kinder vor Magen- und Darmkrankheiten zu schützen. Während des Krieges war es aus mannigfachen Gründen nicht mehr möglich, eine so einwandfreie Milch den Kindern zuzuführen, und auch gegenwärtig sind wir weit davon entfernt, gleich hohe Anforderungen an eine Kindermilch stellen zu können und noch weiter entfernt von der Möglichkeit, sie zu erfüllen. Unter diesen Umständen war es notwendig, Umschau zu halten, wie sich mit den jetzt zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln eine Kindermilch, die den oben genannten Anforderungen entspricht, beschaffen ließe. Diese Notwendigkeit ergab sich besonders für die Großstädte und Industriezentren, die auf die Zufuhr von Milch aus weiten Kreisen angewiesen sind.

Einen Weg, zu dem gewünschten Ziel zu gelangen, sahen wir in der Verarbeitung der Milch zu Milchpulver, denn damit konnte sie in eine leicht transportable und haltbare Form gebracht werden. Es galt nur noch das Problem zu lösen, dem Milchpulver, ohne irgend einen Zusatz, eine möglichst große Haltbarkeit zu verschaffen und gleichzeitig die physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften der frischen Milch zu erhalten. Erst neue technische Verfahren gestatteten es, dies in einer Weise zu erreichen, daß aufgeschlossenes Milchpulver der frischen Milch in Aussehen, Wohlgeruch und Bismilchigkeit gleichkommt und im Geschmack nur ganz unwesentlich von ihr abweicht. Es muß hervorgehoben werden, daß erst die technischen Fortschritte der letzten Zeit die Herstellung einer pulverisierten Milch von so hervorragender Qualität und Brauchbarkeit gestatteten. Ähnliche Versuche wurden auch schon früher gemacht, ergaben aber unbefriedigende Resultate. Insbesondere wollte es nicht gelingen, das Fett der Milch in einem wohlschmeckenden Zustande zu erhalten. Es gelang nur, emulsierte, also Magermilch, in ein einigermaßen brauchbares Pulver zu verwandeln. Eine Milch ohne Fett ist jedoch kein Nahrungsmittel für Säuglinge und Kinder. Wie gelangt handelt es sich jetzt um eine neue Erfindung dadurch, daß es gelungen ist, Rahmilch von so hohem Fettgehalt und so guter Qualität, wie sie sonst als Kindermilch verkauft wurde, in Pulverform von bedeutender Haltbarkeit überzuführen. Dieses Pulver darf mit den Magermilchpulvern nicht verwechselt werden, während unter dem Namen Trockenmilch auf den Markt geworfen wurden, nicht verwechselt werden.

In der Berliner Universitäts-Kinderklinik wurden seit 1 1/2 Jahren mehr als 100 Säuglinge lange Zeit hindurch (bis zu 6 Monaten) mit einer solchen pulverisierten Vollmilch ernährt. Selbstverständlich wurde sie, da sie ja nichts anderes als Rahmilch ist, in gleicher Weise wie diese verdünnt und mit Zuckern versehen den Kindern verabreicht. Es ergab sich dabei, daß die Sicherheit der Ernährung und ihre Erfolge die gleichen waren, wie sie nur mit der besten frischen Kindermilch erzielt werden konnten. Die Kinder, die so ernährt wurden, erlitten niemals Verdauungsstörungen, sie blieben insbesondere während der ganzen heißen Jahreszeit von solchen verschont und gediehen in durchaus zufriedenstellender Weise. Wir sind überzeugt, daß diese Erfolge einerseits der Bakterienarmut der pulverisierten Milch und andererseits dem Umstände zuzuschreiben sind, daß die Milch den Kindern zu jeder Mahlzeit frisch bereitet verabreicht werden konnte. In der abzuwartenden Sicherheit und Gleichmäßigkeit des Erfolges sehen wir uns ein nennenswerter Fortschritt in der Säuglingsernährung vorzuführen.

Anfangs waren wir gezwungen, pulverisierte Milch amerikanischen Ursprungs zu verwenden, später waren wir in der Lage, die Kinder mit einer Milch zu ernähren, die im Allgäu und in Schleswig-Holstein nach unseren Vorschriften hergestellt wurde. Es ist uns eine große Freude, feststellen zu können, daß es der deutschen Industrie gelungen ist, eine Kindermilch in Pulverform zu bringen, die unseren strengsten Anforderungen entspricht. Diese Milch wird mit dem heutigen Tage für Säuglinge und Kinder in den freien Handel gebracht. Um die Bevölkerung vor Verfälschungen zu schützen, wird jede Packung mit einer Schutzmarke versehen und außerdem mit einer Kontrollnummer versehen, die es uns ermöglicht, Ursprungsort und Tag der Herstellung zu erkennen. Wir selbst stehen fern allen geschäftlichen Interessen, wir haben es uns lediglich zur Aufgabe gemacht, vom rein wissenschaftlich-ärztlichen Standpunkt aus die Frage der Versorgung unserer Kinder mit einwandfreier Milch zu prüfen. Wir wünschen ferner nicht den Eindruck zu erwecken, als ob nun Deutschlands Milchnot mit einem Schlage überwunden wäre. Davon kann leider nicht im entferntesten die Rede sein. Nur einen ganz kleinen Bruchteil unseres wirklichen Milchbedarfs können wir so decken, und wir werden weiterhin auf die Einfuhr größerer Milchmengen und auf die Hilfe von Menschenfreunden im Auslande angewiesen sein. Aber wir erreichen mit dem modernen technischen Verfahren eine rationellere Bewertung der Milch in den Ueberflußgebieten und damit eine bessere Verteilung der in Deutschland überhaupt vorhandenen Milch.

Beamenschaft und Sozialismus.

Aus Beamtenkreisen wird uns zur Ortsklasseneinrichtung geschrieben: Den Forderungen der sozialistischen Regierung Sachheit ist die Reichsregierung nicht im geringsten nachgekommen. Die Reichstagsfraktion der UEG ist für die höchsten Forderungen, die dahin gingen, die Orte statt in fünf nur in drei Klassen einzuteilen, ganz entschieden eingetreten. Nur dadurch, daß diese Dreiteilung der Rechte nicht weit genug ging, war es möglich, daß solche Ungerechtigkeiten geschaffen werden konnten. Heute befinden sich die meisten sächsischen Orte in Klasse D und E, also in den Klassen, die Sachsen für sich überhaupt nicht angewandt wissen wollten. Es sind in Sachsen 0,3 Prozent der Orte in A; 1,6 Prozent in B; 10,3 Prozent in C; 22,5 Prozent in D und — 64,8 Prozent in E. So berücksichtigt man im deutschen Reich die Vorschläge des Freistaates Sachsen. Sehr interessant wäre ein Vergleich mit Bayern, da hat man nicht sozial Mist.

Wir sehen, die Frage der Ortsklasseneinrichtung läßt sich nicht nur allein gewerkschaftlich lösen, sie ist wie jede andere Beamtenfrage auch eine politische Angelegenheit. Sie darf auch nicht isoliert für sich behandelt werden, sondern sie steht in ganz engem Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart. Leider aber ist die Beamenschaft zum Teil gar nicht, zum Teil recht falsch politisch orientiert.

Beamenschaft und Arbeiterschaft müßten eine große sozialistische Einheitsfront bilden, die der heutigen Gesellschaftsordnung und ihren Stützen den härtesten Kampf ansetzt. Daß diese Front noch nicht hergestellt ist, liegt zum Teil noch in Nachwirkungen der Vergangenheit begründet. Die Beamenschaft war vor der Revolution ein gefälliges Werkzeug der kleinen, herrschenden, oberen Klassen. Da sich diese nur mit Macht erhalten konnten, brauchten sie den Militarismus zur Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Diesen übertrugen sie auch innerlich und zum Teil äußerlich auf die Verwaltung. In der Verwaltung des alten Obrigkeitsstaates hatte der Beamte nicht die Interessen des Volkes wahrzunehmen, sondern er hatte die „Autorität zu stiften“, die Autorität einer Klasse

werden, die Gewinne ins Uferlose steigen. Wir fordern menschliche Gerechtigkeit. Wir wollen dafür kämpfen, daß durch Uebernahme der Produktionsmittel auf die Allgemeinheit eine gerechte Verteilung aller Wirtschaftsgüter eintritt. Solange wir unter dem alten Wirtschaftssystem leben, solange nicht eine sozialistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung geschaffen ist, solange werden wir auch unter den Verhältnissen weiter zu leiden haben. Es wird uns kein Lohnkampf, kein Befolgungsgebot, kein neues Ortsklassenverzeichnis retten können. Sie können die Not wohl vorübergehend lindern, sie dauernd zu beseitigen, dazu reichen sie nicht aus.

Die Beamenschaft wird hoffentlich aus den Vorgängen seit der letzten Reichstagswahl vieles gelernt haben. Wenn sie die richtigen Folgerungen zu ziehen versteht, dann werden Arbeiter und Beamte Hand in Hand kämpfen, einen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, für den Sozialismus!

Genosse Anton Hempel gestorben. Wiederum hat der unerbittliche Tod in die Reihen unserer Genossen eine empfindliche Lücke gerissen. Genosse Anton Hempel ist im Alter von nur 52 Jahren nach kurzem, aber schweren Leiden gestorben. Genosse Hempel war einer von den Genossen, die nicht durch Wort und Schrift für unsere Partei tätig waren, wohl aber mit unermüdlichem Fleiß in aller Stille als Frontsoldat für unsere Partei und somit für die große, bedeutungsvolle Sache seinen Mann gestellt hat. Seit Anfang der neunziger Jahre war Anton Hempel Mitglied der Partei, er gehörte dem Südostbezirk an. Die Anfangsjahre war er neben der Parteitätigkeit auch in der Konsumgenossenschaftsbewegung tätig, wo er später als Expedient in dem früheren Konsumverein Stötteritz angestellt wurde. Als er diesen Beruf aufgab, übernahm er die von ihm bis jetzt bewirtschaftete Gastwirtschaft Zur Kohlstäbchen, die vor allen den älteren Genossen als früheres Parteilokal bekannt sein dürfte. Eine Reihe von Jahren betätigte er sich hier für die Interessen der freien Gastwirtschaftsbewegung, wo er auch schließlich in diesen Reihen seinen Mann gestellt hat, und hier sein Schweben gleichfalls befragt wird. Genosse Hempel zog sich im Felde als Landsturmmann eine Krankheit zu, an deren Folgen er jetzt gestorben ist. Alle, die ihn kannten, werden an seiner Bahre trauern und in Dankbarkeit seiner gedenken.

23. Volkshule, Rodau. Mittwoch, 29. Juni, abends 7/8 Uhr, in der Schulaula, Eternabend. „Das neue Reichsgesetz“. Alle müssen kommen.

Kriegsbeschädigte und Kreisamt für Kriegserfürsorge. In der Nummer vom 8. Juni 1921 druckten wir die Zuschrift eines Kriegsbeschädigten ab. Hierzu schreibt uns das Kreisamt für Kriegserfürsorge:

In der Zuschrift wird dem Kreisamt vorgeworfen, daß es bei der Durchführung des Einstellungsprozesses gegen Arbeiterinstitute hart vorgehe, während private Arbeitgeber sehr vorzüglich behandelt würden. Zur Zeit sollen noch 200 bis 300 Kriegsooper monatlang der Vermittlung harren, weil das Kreisamt Verhändeln oder „Ruhhandeln“ seine Nachlosigkeit und Unfähigkeit den Arbeitnehmern gegenüber beweise. Ein typisches Beispiel hierfür sei die Firma W.G. (Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft in Großschöcher), die seit Monaten noch mindestens 15 offene Stellen zu besetzen habe. Wenn ein Kriegsooper sich zum Betriebsführer für das Kreisamt herbeigebe, so würde es wegen seines Funktion bei passender Gelegenheit entlassen, ohne daß das Kreisamt sich darum bekümmere. Wenn Privatunternehmer in mehreren Fällen ihnen zugewiesene Kriegsbeschädigte ablehnen, so wird die Angelegenheit dem Sachverständigenausschuss B des Kreisamtes, der paritätisch aus fünf Kriegsbeschädigten, fünf sozialverträglichen Personen, meistens Ärzten und Gewerbeaufsichtsbeamten, einem Arbeitgeber und einem Arbeiter zusammengesetzt ist, vorgelegt und dieser beschließt, ob gemäß § 13 oder § 14 des Reichsgesetzes vom 6. April 1920 beim Schlichtungsausschuss vorgegangen werden soll. Auf diese Weise sind bereits mehrere tausendmäßig und fürzorglich nicht zu besetzende Stellen besetzt worden. Eine Buge auszuwerfen, hat der Schlichtungsausschuss in keinem Falle bisher für notwendig gehalten. Die Zahl der arbeitslosen Kriegsbeschädigten schwankt zwar seit einigen Monaten infolge zahlreicher Anerkennungen von Leichtbeschädigten durch das Kreisamt zu Schwerbeschädigten im Sinne des Gesetzes und infolge des schlechten Arbeitsmarktes zwischen 200 bis 300; doch sind von diesen Leuten nur 8 seit Februar, 22 seit März und 28 seit April d. J. arbeitslos. Von monatlang arbeitslosigkeits bei Hunderten von Schwerbeschädigten kann also nicht gesprochen werden. Im Monat Mai allein wurden durch das Kreisamt 119 Kriegsbeschädigte oder anerkannte Leichtbeschädigte in Arbeitsstellen untergebracht. Die Firma Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft hat laut Betriebsleiter vom 8. Juni d. J. ihre Pflicht erfüllt, sogar um 5 Schwerbeschädigte überzuleisten. Die Entlassung von Betriebsführern oder Vertrauensleuten des Kreisamtes ist unter ganz besonderen Schutz des Gesetzes, ähnlich jenem, der den Betriebsratsmitgliedern zusteht, gestellt. Die Gründe zur fruchtlosen Entlassung allerdings werden von diesen Schutzbestimmungen nicht berührt. Hier, wie z. B. bei Streiks, kann das Kreisamt einer Entlassung nicht widersprechen. Das Kreisamt, in dem die Kriegsbeschädigten durch ihre Vertreter in den Ausschüssen sich und Stimme haben, läßt keine Gelegenheit vorbegehen, mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen wegen günstigerer Behandlung der Kriegsooper in den Tarifverträgen in Verbindung zu treten, und hat sich hierzu schon der wertvollen Mithilfe des Gewerkschaftsartikels bedient.

Zur großen Notlage der Lebens-Unfallrentner schreibt man uns: Wir müssen lobend als möglich den Rentnern gleichgestellt werden, andernfalls wir dem Untergang nahe sind und uns nur noch der Strick oder eine Kugel bleibt, um dem traurigen Dasein ein Ende zu machen. Man kommt bei uns Unfallrentnern immer mit einer geringen Rentenzulage und ich betone hiermit nochmals ausdrücklich, daß uns damit gar nicht gedient ist, denn wir müssen dieselben Preise für alle Bedarfsartikel zahlen, wie jeder andre. Folglich haben wir auch Anspruch auf eine Rente, welche den jetzigen Verhältnissen angepaßt ist. Wie es den Lebens-Unfallrentnern geht, darüber nur ein Beispiel: Im Jahre 1902 ist mir in meinem Beruf als Schlosser ein Unfall zugefallen, durch welchen ich gänzlich arbeitsunfähig geworden, sogar ständig noch auf fremde Hilfe und Wartung angewiesen bin. Ich beziehe jetzt mit allem Drum und Dran eine monatliche Rente von 223 M., ein Betrag, mit dem ich unmöglich alles bestreiten kann, zumal immer alles noch im Preise sehr hoch steht, und die Mieten, Licht und Feuerungsmaterialien noch teurer werden. Daß man mit dieser Rente in der jetzigen Zeit nicht im entferntesten sein Leben fristen kann, wird wohl jedem einleuchten. Uns muß also schnell geholfen werden.

Vom Auto angefahren. Man schreibt uns: Zwei Kinder im Alter von 5 Jahren, ein Knabe und ein Mädchen, wollten am Freitagnachmittag in der Moltkestraße bei der Kaiserin-Augusta-Straße den Fahrdamm überschreiten, überhörten jedoch das Signal eines Kraftwagens. Der Führer des Wagens, der Besitzer selbst, wollte den Wagen schneellsten bremsen, wodurch dieser aber um seine eigene Achse gedreht wurde und den Knaben mit seinem Hinterrad derartig traf, daß dieser zu Boden geworfen wurde

Gegen den Brotwucher und die neuen Steuern

demonstriert am Donnerstag, dem 30. Juni 1921, das Leipziger Proletariat in

sechs Protest-Versammlungen.

Diese finden in folgenden Lokalen statt:

- All-Leipzig: Zoologischer Garten. Referent: Genosse Dr. Herz, Berlin
West-Bezirk: Westendhallen, L.-Plagwitz. Referent: Genosse Simon, Nürnberg
Ost-Bezirk: Drei Bissen, L.-Neudnh. Referent: Gen. Soldmann, Schweinitz
Südost-Bezirk: Papiermühle, L.-Stölterh. Referent: Genosse Seidel, Hof
Nord-Bezirk: Gofenschlöbchen, L.-Eutritzsch. Referent: Genosse Rysel, Leipzig
Süd-Bezirk: Goldene Krone, L.-Connewitz. Referent: Genosse Seger, Leipzig.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen zu diesen Versammlungen! Wehrt euch gegen die neue ungeheure Belastung des Verbrauchs durch den Brotwucher und die neuen Steuern!

gegenüber dem gesamten Volke. Um dies zu erreichen, hätte man allerhand Mäherlichkeiten erdacht: Uniform, Titel, Orden u. a. Dadurch aber wieder schuf man Zwietracht und Eiferstich zwischen den einzelnen Beamtengruppen und ergoß so einen ganz falschen Standesdünkel, der heute seine schönsten Blüten treibt im System der „Dienstbezeichnungen“. Somit hatte ganz abzüglich der Staat eine tiefe Kluft geschaffen zwischen Beamtentum und Volk. Aber in Wirklichkeit schlug hinter der Uniform des Beamten genau so ein Proletarierherz, wie unter dem Kleide des Handarbeiters, denn Proletarier ist jeder, der weiter nichts zu verkaufen hat, als seine Arbeitskraft. Es war aber verhindert worden, daß alle Proletarier, Beamte und Angestellte, Kopf- und Handarbeiter, sich als eine große sozialistische Masse fühlten.

Durch die Revolution hat die Beamenschaft die Freiheit politischer Betätigung und die Koalitionsfreiheit erhalten. Die Beamenschaft hat darum nicht jahrzehntelang zu kämpfen brauchen. Ihre Brüder, die Handarbeiter, haben ihr dieses Recht mit dem Einsatz von Leben, Freiheit und Existenz erkämpft. Nun gilt es, unter der Beamenschaft den letzten Rest von Standesdünkel zu beseitigen! Laßt uns unter uns einig sein, dann wollen wir der Handarbeiterchaft die Bruderhand reichen und mit ihr gemeinsam den Existenzkampf führen! Die kapitalistische Gesellschaft sieht uns allen hart im Nacken. Sie will uns langsam, aber um so sicherer abwürgen. Ueberall schreibt man in der bürgerlichen Presse schon vom Abbau der Löhne und Gehälter, überall singt man das alte Lied lauter und lauter, daß die Gehälter und Löhne Schuld seien an der teuren Lebenshaltung, und überall spricht man sofort von Bankrott, sobald man die gerechten Forderungen der Arbeiter oder Beamten erfüllen soll. Dabei aber kann die Arbeiter- und Beamtenchaft bei ihrer heutigen Bezahlung nicht leben und nicht sterben, sie vegetiert weiter und nähert sich kümmerlich von den Almosen, die von ihrer „Herren“ Tische fallen. Nebenbei muß sie noch durch den Lohn- und Gehaltsabzug vom Einkommen den Staat erhalten, damit er in der Lage ist, die kapitalistische Gesellschaft zu stiften.

Und das alles in einer Zeit, in der man Milliarden zum Fenster hinauswirft. Den deutschen Redern und Agrariern kann man nicht genug schenken, für die Soldatenplünderer der Reichswehr ist keine Summe zu hoch, für die konfessionelle Zerschlagung der Volkshule stellt man Unsummen bereit, und alles in einer Zeit, in der die Reichsregierung Pläne ausbrütet, wie sie durch indirekte Steuern die Lebenshaltung der breiten Masse immer mehr verteuern soll.

Wir haben kein Interesse daran, daß es dem Kapitalisten allein auf der Welt gut geht, daß die Dividenden immer höher

Reichstag.

Berlin, 27. Juni.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 3 1/2 Uhr. Ein Ersuchen des Ministers des Innern um Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abg. Hülsen (Rom.) wird auf Vorschlag des Präsidenten dem Geschäftsausschuss überwießen.

Nachtrag zum Reichshaushalt. Der Nachtragsetat des Reichsministeriums für den Wiederaufbau wird debattelos genehmigt. Bel dem Nachtrag zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums beantragt Abg. Hoch (Soz.) Mittel zur Beihilfe zum Zwecke der Bezahlung von Betriebsratsmitgliedern in den Etat einzustellen.

Ein Kampf um die schwarz-weiß-rote Flagge. Abg. Gildemeister (D. Vp.) beantragt, daß für die Schifffahrt die schwarz-weiß-rote Flagge bis auf weiteres beibehalten bleibe. Unter der schwarz-weiß-roten Flagge sei Deutschland groß geworden.

Abg. Dr. David (Soz.): Diese Frage ist seit zwei Jahren durch die Verfassung entschieden. Nunmehr versucht man von der Rechten den ersten Vorstoß gegen die Verfassung. Der Antrag scheint ziemlich harmlos zu sein. Er will, daß bis auf weiteres die alten Farben beibehalten bleiben.

Abg. Dr. David (Soz.): Diese Frage ist seit zwei Jahren durch die Verfassung entschieden. Nunmehr versucht man von der Rechten den ersten Vorstoß gegen die Verfassung. Der Antrag scheint ziemlich harmlos zu sein. Er will, daß bis auf weiteres die alten Farben beibehalten bleiben.

Abg. Dr. David (Soz.): Diese Frage ist seit zwei Jahren durch die Verfassung entschieden. Nunmehr versucht man von der Rechten den ersten Vorstoß gegen die Verfassung. Der Antrag scheint ziemlich harmlos zu sein.

Abg. Braun (Soz.) verweist darauf, daß der Antrag auf Änderung der Flagge eine Zweidrittelmehrheit erfordert, da die Flaggenfrage durch die Verfassung geregelt ist.

Abg. Oberfohren (Dnat.): Die deutschen Seeleute wollen unter der schwarz-weiß-roten Flagge fahren, weil sie wissen, daß unter dieser Flagge Deutschlands Wohl am besten blüht.

Abg. Dr. Breitscheid (USP.): Meine Fraktion teilt den Standpunkt des Hrn. Braun. Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus. Die Verfassung stellt ausdrücklich fest, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind und die Handelsflagge schwarz-weiß-rot.

Abg. Dr. Breitscheid (USP.): Meine Fraktion teilt den Standpunkt des Hrn. Braun. Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus. Die Verfassung stellt ausdrücklich fest, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind und die Handelsflagge schwarz-weiß-rot.

zurückzuführen. Die schwarz-weiß-rote Fahne war das Symbol des Regimes, das die Arbeiterschaft mit allen Mitteln unterdrückt und unter Ausnahmestellung gestellt hat. Für Herrn Oberfohren und seine Freunde mag sie in der Tat das beste Symbol sein. Ich muß aber daran erinnern, daß auch unter dem schwarz-rot-goldenen Banner Ausnahmestellung und Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft unternommen worden sind, die wir jedenfalls nie und nimmer vergessen können.

Abg. Dr. David (Soz.): Diese Frage ist seit zwei Jahren durch die Verfassung entschieden. Nunmehr versucht man von der Rechten den ersten Vorstoß gegen die Verfassung.

Abg. Braun (Soz.) verweist darauf, daß der Antrag auf Änderung der Flagge eine Zweidrittelmehrheit erfordert, da die Flaggenfrage durch die Verfassung geregelt ist.

Abg. Oberfohren (Dnat.): Die deutschen Seeleute wollen unter der schwarz-weiß-roten Flagge fahren, weil sie wissen, daß unter dieser Flagge Deutschlands Wohl am besten blüht.

Abg. Dr. Breitscheid (USP.): Meine Fraktion teilt den Standpunkt des Hrn. Braun. Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus.

Abg. Dr. Breitscheid (USP.): Meine Fraktion teilt den Standpunkt des Hrn. Braun. Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus. Die Verfassung stellt ausdrücklich fest, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind und die Handelsflagge schwarz-weiß-rot.

Der Antrag der drei sozialistischen Parteien wegen Zulassung der Frauen zum Richteramt zu den juristischen Prüfungen, zur Rechtsanwaltschaft und zu den Reizen der Gerichtsschreiber und der Gerichtsvollzieher wird ohne Debatte an den Rechtsauschuss verwiesen.

Schluß 7 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 2 Uhr. Tagesordnung: Kapitalfluchtgesetz, Nachtragsetat.

Sportbewegung und Politik.

Zu den Mitteln des Beeinflussens der öffentlichen Meinung und des Ablenkens der Arbeiter von ihren eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Kampfaufgaben gehören auch die bürgerlichen Sportverbände und sonstige, politische Neutralität heischende bürgerliche Organisationen.

Nachdem durch die Novemberumwälzung manche früher gesicherte Position des kapitalistischen Bürgertums stark erschüttert worden ist und die Macht der Besitzenden durch den Kampf der sozialistischen Arbeiterschaft erheblich geschwächt wurde, entfaltet die bedrängte Kapitalistenklasse eine rege Verberberung für die bürgerlichen Sportverbände und deren Veranstaltungen, wobei sie durch die bürgerliche Presse bereitwilligste Unterstützung findet.

Die sozialistisch organisierte Arbeiterschaft darf an der bürgerlichen Sportbewegung nicht achtlos vorübergehen und deren Einfluß auf manche Arbeiterkreise nicht unterschätzen. Da muß noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Nicht mit Unrecht wird oft Klage geführt, daß nicht immer in den Arbeitersportvereinen gute Nachbarschaft und innige Kampfgemeinschaft mit den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse getätigt wird.

Die Arbeitersportvereine werden nur wirklich Ersprießliches von bleibendem Wert für die sozialistische Arbeiterbewegung leisten können, wenn sie nicht nur ihrem Sport huldigen, sondern sich auch als ergänzende Glieder in die sozialistische Arbeiterbewegung einzufügen wissen.

Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.

